



Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

## ALTERNATIVE WOHNFORMEN IM ALTER: GDW BEGRÜSST GEPLANTE NOVELLIERUNG DES HEIMGESETZES

25.05.2005      Fachinformation

Wie der BBU berichtete, plant Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, das Heimgesetz zugunsten alternativer Wohnformen für Senioren zu ändern. Dieses Vorhaben wurde von GdW-Präsident Lutz Freitag begrüßt. Die Ministerin habe richtig erkannt, dass es in der Praxis für alternative Wohnformen eine gesetzliche Grauzone gebe. Dies betreffe etwa "Senioren-Wohngruppen", "Alten-WG's" oder ähnliche Wohnkonzepte, u. a. für an Alters-Demenz erkrankte Menschen. Hier greife - je nach Entscheidung der zuständigen Heimaufsicht - das Heimgesetz mit zum Teil sehr rigiden Vorgaben, etwa durch die Festlegung einer bestimmten Quadratmeterzahl der Zimmer bis hin zu Anzahl der Gästetoiletten, erläuterte Lutz Freitag. Eine gesetzliche Klarstellung ist notwendig und wäre sehr hilfreich, sagte der GdW-Chef. Er freue sich, dass die Ministerin die Dringlichkeit der Anpassung des gesetzlichen Rahmens ebenso hoch einschätze wie die Wohnungswirtschaft, so Freitag weiter. Dies sei nicht nur positiv für die Menschen, denen ein breiteres Angebot alternativer Wohnformen im Alter ein Plus an Entscheidungsspielraum und Selbstständigkeit ermögliche. Eine Anpassung des Heimgesetzes biete ebenso den in diesem Marktsegment engagierten Wohnungsunternehmen eine rechtssichere Entscheidungsbasis für Investitionen in die bauliche Anpassung ihrer Bestände und damit für die Bereitstellung von sicherem und attraktivem Wohnraum für eine wachsende Bevölkerungs- und Kundengruppe. Der GdW begrüße ausdrücklich, dass sich in der Politik die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass die Zukunft nicht in teuren Alten- und Pflegeheimen liege, sondern im Wohnen für ein langes Leben kombiniert mit ambulanter und dezentraler Versorgung mit bedarfsgerechten Dienstleistungen. Dies sei für die Mieter und Genossenschaftsmitglieder ein wichtiges Stück Humanität, weil sie in ihrer Wohnung bleiben könnten, und die Kranken- und Pflegeversicherung sparten Milliardenbeträge, weil ambulante Dienste deutlich preiswerter seien als Pflegeheime.

<https://bbu.de/beitraege/alternative-wohnformen-im-alter-gdw-begruesst-geplante-novellierung-des-heimgesetzes>